

# I. Forschungsstand und historische Entwicklung<sup>1</sup>

## 1. Forschungsbericht und Quellen

### a) Forschungsbericht

Das Bewußtsein, daß die Mitglieder »das Kapital einer Partei« sind<sup>2</sup>, setzte sich in der CDU erst spät durch. Zunächst und vor allem war die Union unter dem Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Konrad Adenauer eine Wählerpartei. Die breite Wählerschaft führte die Hauptregierungspartei von Wahlsieg zu Wahlsieg und lenkte so von der Erkenntnis ab, daß der CDU das Fundament der Mitglieder fehlte. Erst als die Verschleißeffekte der langen Regierungszeit spürbar wurden, sich auf Bundesebene der Gang in die Opposition abzeichnete und schließlich auch vollzog, entdeckten die Christdemokraten die Bedeutung einer starken, breiten und vor allem festen Mitgliederschaft. Im Zuge des Mitgliederbooms politischer Parteien in den siebziger Jahren legte die CDU ihren Charakter als Wählerpartei ab und wandelte sich nachhaltig zu einer Mitgliederpartei, wie es die zweite Großpartei der Bundesrepublik Deutschland, die SPD, von Beginn an war.

Mit dieser Entwicklung einher ging die Transformation der besonders im katholischen Milieu verankerten Sammlungsbewegung mit ausgeprägtem Honoratiorencharakter hin zu einer Volkspartei. Der Gesichtswandel erstreckte sich auch auf Führung und Funktionsweise des Parteiapparats. Bis in die frühen sechziger Jahre auf föderaler Ebene mehr schlecht als recht organisiert, zentralisierte, erweiterte und straffte die CDU fortan erfolgreich ihre Parteiorganisation. Im Folgejahrzehnt präsentierte sich die Union im neuen Gewand einer »modernen Volkspartei«.<sup>3</sup> Mit der inneren Neustrukturierung revolutionierte die CDU auch ihre Mitgliederverwaltung. Im Zentrum stand die Einführung einer EDV-gestützten Zentralen Mitgliederkartei (ZMK). Sie eröffnete erstmals der Bundesgeschäftsstelle nicht nur den unmittelbaren Zugriff auf die Mitglieder, sondern auch den Blick auf die soziostrukturelle Verfaßtheit ihrer Mitgliederschaft. Damit wird sie zugleich zu einer einzigartigen Quelle für die Forschung.

Christliche Demokratie in die Form einer politischen Partei zu gießen, war in der Nachkriegszeit zwar ein gesamteuropäisches Phänomen, doch gerade angesichts der spezifischen Bedingungen in Deutschland lediglich ein Experiment, von dem niemand wußte, ob es gelingen würde. Doch der Versuch glückte dank einer von förderlichen Umständen begleiteten gezielten Integrationspolitik<sup>4</sup> und ließ die CDU ihren Siegeszug in der Parteienlandschaft der jungen Bundesrepublik antreten. Als Forschungsobjekt war und ist das Erfolgsmodell CDU für Politikwissenschaftler, Historiker, Sozio-

---

<sup>1</sup> Mein Dank gilt den studentischen Mitarbeitern, die das Projekt im Laufe der Zeit tatkräftig unterstützt haben: Markus Dahlem, Bastian Frien, Kirsten Fuchs, Andrea von Lucke, Frank Sommer und Sven Weidlich sowie Margareta Konze.

Zu danken ist ferner allen Institutionen und Personen, die Quellenmaterial zur Verfügung gestellt oder bereitwillig Auskunft gegeben haben: dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung, vor allem dessen Leiter, Herrn Dr. Günter Buchstab, sowie Herrn Konrad Kühne, dessen nimmermüde Hilfsbereitschaft eine unerlässliche Stütze war, dem Bundesarchiv, dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, der CDU-Bundesgeschäftsstelle sowie der CSU-Landesleitung.

<sup>2</sup> Bürklin/Neu/Veen, Mitglieder der CDU, S. 9f. und 1f.

<sup>3</sup> Schönbohm, Volkspartei, S. 295.

<sup>4</sup> Dazu grundlegend Bösch, Adenauer-CDU.

logen, Journalisten und Publizisten gleichermaßen von ungebrochenem Interesse. Sie alle betrachteten die Partei auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene, untersuchten sie gruppenspezifisch, widmeten sich ihrer Programmatik oder analysierten ihre Funktionsweise. Der Ertrag dieser Arbeiten bilanziert sich in einer Fülle von Monographien, Handbuchartikeln, Beiträgen in Sammelbänden und Aufsätzen, die ohne die Möglichkeit des gezielten Zugriffs durch die bis 1990 reichende dreibändige, im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebene Bibliographie unüberschaubar wäre.<sup>5</sup> Zur inhaltlichen Orientierung ist daneben der Forschungsüberblick von Thomas von Winter von großem Nutzen, der jedoch gleichfalls mit den frühen neunziger Jahren schließt und damit ebenso wie die Bibliographie eine Fortführung wünschenswert erscheinen läßt.<sup>6</sup>

Der Bedeutung des Gegenstands gemäß, setzten die wissenschaftlichen Betrachtungen zur CDU früh ein. Seither fehlt in keinem gewichtigen Beitrag der Blick auch auf die Parteimitglieder.<sup>7</sup> Allerdings ziehen die Quellen bei dieser Betrachtung in doppelter Hinsicht Grenzen. Denn bevor mit der Einführung der ZMK die Überlieferung gesicherter Massendaten beginnt, ist die Quellenlage nicht nur quantitativ dünn, sondern auch qualitativ problematisch.<sup>8</sup> Folglich fallen in der Literatur die Angaben zum Mitgliederstand der Partei in den fünfziger Jahren ebenso sporadisch wie approximativ aus. Im Gegensatz dazu ist die Mitgliederentwicklung der CDU ab Mitte der sechziger Jahre – dank der grundlegend veränderten Quellenlage – nahezu überall nachzuschlagen.<sup>9</sup> Die Mitgliederzahlen der CDU und der anderen im Bundestag vertretenen Parteien dokumentierte Michael Bretschneider 1978 auf Bundes-, Landesverbands- und Kreisverbandsebene exemplarisch für das Jahr 1977, wobei er die Mitgliederzahlen mit der Anzahl der Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 1976 oder der jeweiligen Wohnbevölkerung rechnerisch in Verbindung setzte und auch im Schaubild illustrierte.<sup>10</sup> Nach dieser punktuellen parteienvergleichenden Analyse nahm Wolfgang Falke 1982 erstmals die Mitgliederentwicklung der CDU analytisch in den Blick. Graphisch verdeutlichte er quartalsweise die Zu- und Abgänge zwischen 1967 und 1977. Die dabei sichtbar werdenden Beitrittswellen im Umfeld vor allem der Bundestagswahlen 1972 und 1976 stützten die These des französischen Politikwissenschaftlers Maurice Duverger, nach der Mitgliederbewegung in Wahlzyklen verläuft.<sup>11</sup> Falkes Ansatz baute 1985 Wulf Schönbohm, zu diesem Zeitpunkt Leiter der Grundsatz- und Planungsabteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle, weiter aus<sup>12</sup>, indem er im Zeitrahmen der Jahre 1969 bis 1980 die Mitgliederentwicklung nicht nur für die Bundespartei, sondern auch für die Landesverbände darstellte. Wie schon Falke berechnete Schönbohm die unterschiedlichen Zu- und Abgangsraten, nahm aber zusätzlich auch die Abgangsgründe gezielter unter die Lupe. Ergänzend ermittelte Schönbohm den jeweiligen Anteil der

<sup>5</sup> Vgl. Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945–1980; Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1981–1986 und Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1987–1990.

<sup>6</sup> Vgl. von Winter, Christdemokraten als Analyseobjekt, S. 57–80.

<sup>7</sup> Vgl. erstmals Schulz, Organisation und Soziologie, S. 90, und ders., CDU, S. 110, zuletzt Lexikon der Christlichen Demokratie, S. 708.

<sup>8</sup> Siehe dazu ausführlich Abschnitt I.1.b.

<sup>9</sup> Vgl. Schönbohm, Porträt, S. 120–125; Schmidt, CDU, S. 642–645; Haungs, CDU und CSU, S. 27; Parteien, S. 568, sowie Lexikon der Christlichen Demokratie, S. 708.

<sup>10</sup> Bretschneider, Mitgliederzahlen der Parteien.

<sup>11</sup> Vgl. Falke, Mitglieder der CDU, S. 47–64, hier v. a. S. 48–51.

<sup>12</sup> Vgl. Schönbohm, Volkspartei, S. 167–190.

CDU-Mitglieder an der Wohnbevölkerung, den Wahlberechtigten zu den Bundestagswahlen und an den Zweitstimmen der CDU bei den Bundestagswahlen. Schönbohm versäumte es nicht, abschließend die Gründe für die sehr hohen Mitgliederzuwachsrate bis 1976 und die anschließende Stagnation zu benennen. So liegt mit seiner Studie die bisher umfassendste Analyse der Mitgliederentwicklung in der CDU vor.

Hinsichtlich der Darstellung der CDU-Mitgliederstruktur fällt der Befund ähnlich aus wie im Falle der Mitgliederentwicklung. Es gibt kaum einen Beitrag, welcher der soziostrukturellen Zusammensetzung der Partei nicht einen Abschnitt widmen würde<sup>13</sup>, doch sind detaillierte Aussagen flächendeckend auch hier erst für die Zeit nach Einführung der ZMK möglich. Für die ausgehenden vierziger und die fünfziger Jahre hat die Forschung zusammengetragen, was zusammenzutragen war<sup>14</sup>, und wird dabei bisweilen selbst zur Quelle, weil ihre publizierten Erträge auf damals aktuellen Auskünften der Partei beruhen, für die heute eine schriftliche Überlieferung fehlt.<sup>15</sup> Sozialstrukturstatistiken aus der Frühzeit der Partei liegen vor für die Landesverbände Westfalen, Württemberg-Hohenzollern, Nordbaden, Schleswig-Holstein, Hessen sowie Bremen, Hamburg, Berlin, Hannover und Rheinland.<sup>16</sup> Sie gelten dem Alter, der Konfession und der beruflichen Stellung der Mitglieder wie auch dem Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft. Da diese frühen Statistiken hinsichtlich der Erhebungskriterien disparat ausfallen und sowohl geographisch als auch zeitlich vereinzelt bleiben, zeigen sie weder Entwicklungen an, noch lassen sie Vergleiche zu. Möglich ist kaum mehr als ein punktueller Eindruck. Den ersten umfassenden, bis heute immer wieder zitierten Einblick in die Konfessions- und Berufsstruktur der frühen CDU lieferte 1956 Arnold Heidenheimer.<sup>17</sup> Auf der Grundlage von Angaben der Landesverbände erstellte er Statistiken zur konfessionellen Verteilung sowie zur beruflichen Stellung der CDU-Mitglieder in den Landesverbänden Westfalen, Rheinland, Hannover, Hamburg, Südbaden und Hessen in den Jahren 1955/56. Der flächendeckenden, detaillierten Sozialstrukturdaten der ZMK hat sich im großen Umfang erstmals Schönbohm angenommen. Er beschäftigte sich sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene eingehend mit den Veränderungen der Mitgliederstruktur zwischen 1969 und 1980, wobei sein an dem Kategorienset der ZMK ausgerichtetes Augenmerk dem Anteil der Frauen, der Alters- sowie Konfessionsstruktur, den Berufen sowie der Stellung im Beruf galt.<sup>18</sup> Gleichfalls auf der Grundlage von ZMK-Daten präsentiert Gerhard Bauer eine Sozialstrukturanalyse der CDU-Saar.<sup>19</sup>

Neben dem klassischen Kanon ›objektiver‹ Sozialstrukturkriterien, auf den dieses statistische Handbuch ausgerichtet ist, arbeitete die Forschung auch mit Daten, die Aufschluß geben über Orientierungsmuster, Wertehorizonte und Verhaltensformen von

---

<sup>13</sup> Vgl. erstmals Schulz, *Organisation und Soziologie*, S. 90, und ders., *CDU*, S. 110; zuletzt Möller, 1982–1990, S. 88f.; Gotto, *CDU*, S. 449f., sowie Bösch, *Adenauer-CDU*, S. 284–287, und ders., *Macht und Machtverlust*, S. 203f., 213–215, 225.

<sup>14</sup> Vgl. Heitzer, *CDU in der britischen Zone*, S. 321–323 und 326f.

<sup>15</sup> Vgl. Schulz, *Organisation und Soziologie*, S. 90; ders., *CDU*, S. 110, Anm. 369; Heydte/Sacherl, *Soziologie*, S. 283; Varain, *Parteien und Verbände*, S. 43.

<sup>16</sup> Vgl. Schulz, *Organisation und Soziologie*, S. 90; ders., *CDU*, S. 110f.; Wieck, *Entstehung der CDU*, S. 220–222; Heydte/Sacherl, *Soziologie*, S. 284, und Bremme, *Die politische Rolle der Frau*, S. 154–158.

<sup>17</sup> Vgl. Heidenheimer, *La structure*, S. 626–645.

<sup>18</sup> Vgl. Schönbohm, *Volkspartei*, S. 191–212.

<sup>19</sup> Vgl. Bauer, *Hundert Jahre christliche Politik an der Saar*, S. 104–109. Bauer nimmt dabei, soweit die Quellen es zulassen, die Entwicklung der Jahre 1963–1979 in den Blick.

CDU-Mitgliedern. Solche sogenannten weichen Daten liegen zumeist als Ergebnisse von Umfragen mit mehr oder minder repräsentativem Charakter vor. Wolfgang Falke untersuchte auf dieser Quellenbasis etwa die Motivationen für einen Parteieintritt, den Grad der Aktivität, die politischen Erwartungen und das Informationsverhalten der CDU-Mitglieder.<sup>20</sup> Terry Barton befragte Parteitagsdelegierte nach ihrem Selbstverständnis, ihrer Einstellung zu den USA und nach dem Anteil aktiver Mitglieder auf Ortsverbandsebene.<sup>21</sup> Auch die Studie von Michael Greven über das politische Alltagsbewußtsein basiert auf den Ergebnissen einer Fragebogenaktion.<sup>22</sup> Allerdings ist ihre Datenbasis so schmal, daß sie kaum als repräsentativ gelten kann. Zwei große Studien dieser Art stammen aus dem Bereich der Konrad-Adenauer-Stiftung. 1997 publizierten Wilhelm Bürklin, Viola Neu und Hans-Joachim Veen die Ergebnisse einer Mitgliederumfrage, die dem politischen Selbstverständnis sowie dem Informations- und Kommunikationsverhalten der Parteimitglieder galt und unter anderem mit einer Beurteilung der innerparteilichen Willensbildung wie auch der Parteiarbeit verbunden war.<sup>23</sup> Ziel war es, in einer Zeit der vielberedeten Politikverdrossenheit und rückläufiger Mitgliederzahlen herauszufinden, welche Ansprüche an eine Partei gestellt werden. Dabei nahm ihre Untersuchung gezielt Bezug auf eine zwanzig Jahre ältere Mitgliederstudie, um im Vergleich Konstanz und Wandel aufzeigen zu können. Auch die Bundesgeschäftsstelle der Partei selbst initiierte über die ZMK hinaus in den siebziger und achtziger Jahren regelmäßige Befragungen, um ergänzende Informationen zu den gesellschaftlich-politischen Wahrnehmungs- und Bedürfnisstrukturen ihrer Mitglieder zu erhalten.<sup>24</sup>

Dieser holzschnittartige Literaturüberblick zeigt den punktuellen Charakter der Forschungserträge zur CDU-Mitgliederschaft und -Sozialstruktur. Damit ist zugleich eine Lücke markiert, die dieses statistische Quellenwerk zu schließen strebt. Es hat zur Aufgabe, Daten zur Anzahl der CDU-Mitglieder und deren Sozialstruktur zusammenzutragen, in einer sogenannten Quellentypologie den Grad ihrer Verlässlichkeit zu benennen und auf diese Art und Weise ein feingegliedertes Zahlenkompendium zu präsentieren, das gleichermaßen als solides Nachschlagewerk wie auch als forschungsorientierter Impulsgeber zu dienen vermag. Die Quellen selbst stecken dabei den Rahmen ab: Sie widmen sich zunächst und vor allem den Mitgliedern, später aber auch speziell den neuen und den ausgeschiedenen Mitgliedern. Geographische Ebenen sind neben dem Bund – mit Ausnahme von Bayern – die Länder und, soweit diese nicht mit den Landesgliederungen der Partei identisch sind, die Landesverbände selbst. Hinsichtlich der inneren Verfaßtheit sind die Quellen vor allem orientiert an den klassischen Sozialstrukturmerkmalen Geschlecht, Alter, Konfession, Stellung im Beruf sowie Beruf.

Das Quellenwerk strebt keine Vollständigkeit an in dem Sinne, daß es alle verfügbaren Mitgliederzahlen und -daten zum Abdruck bringt. Ein solches Vorhaben würde nicht nur jeden vernünftigen Rahmen sprengen, sondern auch mehr Verwirrung als Klarheit stiften. Vielmehr liegt der Wert dieser Publikation gerade darin, der Fülle von Mitgliederangaben Herr zu werden und aus den konkurrierenden Zahlen unterschiedlicher Provenienz jene auszuwählen, die zum einen den jeweiligen Jahresendstand wiedergibt

---

<sup>20</sup> Vgl. Falke, Mitglieder der CDU, S. 71–250.

<sup>21</sup> Vgl. Barton, Die CDU 1975–1983, S. 196–210.

<sup>22</sup> Vgl. Greven, Parteimitglieder.

<sup>23</sup> Bürklin/Neu/Veen, Mitglieder der CDU.

<sup>24</sup> Vgl. Ergebnisse aus einer Befragung von Neumitgliedern der CDU im Frühsommer 1975.

oder diesem zeitlich am nächsten kommt, zum anderen das Kriterium möglichst hoher Verlässlichkeit erfüllt.

Die in diesem statistischen Handbuch vorgelegten Daten zur Sozialstruktur der CDU bergen gleichsam als Steinbruch ein beachtliches Potential zu quellengesättigter, innovativer Forschung. Gerade bei der lange Zeit vornehmlich dezentral organisierten und von den Landesverbänden dominierten CDU regt das gesicherte Rohmaterial zu regionalen Studien ohne wie mit vergleichendem Aspekt an. Mit weniger Pioniercharakter, aber gleichwohl unverändert zentral sind die Fragen nach der konfessionellen Verteilung und – vor dem Spiegel der allgemeinen Bevölkerungsstatistik – der konfessionell bedingten Implantierung. Besonderes Augenmerk dürfte auch künftig die Mitgliederentwicklung der siebziger Jahre auf sich ziehen, als die Partei ihre Mitgliedschaft nahezu verdoppelte. Dieser bemerkenswerte Beitrittsschub während der Oppositionszeit im Bundestag drängt zur Frage, ob und – wenn ja – in welchem Maße er die soziale Zusammensetzung der CDU-Mitglieder verändert hat. Schließlich ermöglicht es das Zahlenmaterial auch, den allseits konstatierten Wandel von der Milieu- zur Volkspartei zu überprüfen und damit zu untermauern oder zu nuancieren.

Ein zusätzliches Forschungsfeld, das diese Arbeit nur am Rande bedienen kann, bieten die Mitglieder der Vereinigungen der CDU, die seit 1956 im Statut der Partei verankert sind. Als eine Besonderheit im bundesrepublikanischen Parteiensystem waren diese Vereinigungen gemeinsam mit weiteren Sonderorganisationen und dem nicht formal als Vereinigung gewerteten Evangelischen Arbeitskreis für die heterogene Sammlungspartei insbesondere in den fünfziger und sechziger Jahren von existentieller Bedeutung. Sie sorgten für eine Integrationsleistung, die »nicht zu überschätzen ist«.<sup>25</sup> Während die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) und – bis 1988 – auch die Frauenvereinigung (FV), seit 1988 Frauen-Union (FU), nur CDU-Mitglieder aufnahmen und damit vor allem als Vertretung von Gruppeninteressen innerhalb der Partei fungierten, waren die Junge Union (JU), die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), die Mittelstandsvereinigung (MIT) und die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge (UdVF), seit 1981 Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV), auch offen für Nichtmitglieder. Daher fiel ihnen neben der Integration nach innen die Aufgabe zu, bestimmte Gesellschaftsgruppen an die Partei heranzuführen. Aus Sicht der Partei bargen insbesondere JU und CDA ein beachtliches Potential zur Rekrutierung neuer Mitglieder. Daher bietet es sich an, in einem separaten Projekt auch die Mitgliedschaften dieser politisch-gesellschaftlichen Vorfeldorganisationen der CDU in den Blick zu nehmen.<sup>26</sup>

## b. Quellenlage

Auskunft über Mitgliederstand und -struktur geben sachgemäß am besten die Parteien selbst. Voraussetzung ist, daß die Mitgliederverwaltung schriftlichen Niederschlag gefunden hat, der überliefert ist. Da bei der CDU beides in hinreichendem Umfang der Fall ist, entstammen die für das Projekt verwendeten Quellen ausnahmslos parteiinternem Material.

<sup>25</sup> Bösch, Adenauer-CDU, S. 289.

<sup>26</sup> Vgl. dazu ansatzweise Schönbohm, Volkspartei, S. 218–228, und Höfling, Die Vereinigungen der CDU, S. 126f., 130 und 137–143. Zur Quellenlage siehe Abschnitt I.1.b.

*Unveröffentlichte Quellen*

Von den staatlichen Archiven auf Bundes- und Länderebene, an die schriftliche Anfragen nach CDU-Parteiakten formuliert worden waren, konnte nur das Nordrhein-Westfälische Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf einschlägige Bestände melden. Zugleich erbrachte die Kontaktaufnahme mit den Hauptgeschäftsstellen der CDU-Landesverbände die Auskunft, daß das Aktenmaterial von dort kontinuierlich an das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Sankt Augustin bei Bonn abgegeben wurde. Damit bestätigte sich die Vermutung, daß das vorliegende statistische Handbuch seine archivalischen Quellen vor allem aus dem ACDP schöpfen würde.<sup>27</sup>

Für den Zeitraum von 1966 bis 1990 steht reichhaltiges Datenmaterial zur Verfügung. Lückenlos dokumentiert sind dank der ZMK die Mitgliederzahlen in Bund und Ländern; gleiches gilt für die soziale Struktur der CDU-Mitgliederschaft. Weniger umfangreich fällt der Quellenbestand hingegen im Bereich der Neumitglieder aus. Hier setzten die Statistiken erst mit dem sprunghaften Mitgliederzuwachs 1972 ein. Für die darauffolgenden Jahre 1973 und 1974 weist dieser Quellenbestand bedauerlicherweise eine Überlieferungslücke auf und setzt erst 1975 wieder ein. Mit dem Rückgang der Mitgliederzahlen erfolgte von 1984 an auch die statistische Erfassung der ausgeschiedenen Mitglieder, die vollständig in die nachfolgende Publikation einfließen konnte.

Gänzlich verzichten muß das Quellenwerk hingegen auf die Darstellung der CDU-Funktionsträger. Für diesen Personenkreis jener Mitglieder, die einem oder mehreren Vorständen der Partei oder/und der Vereinigungen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene angehörten und damit zumindest eine bestimmte Funktion ausübten, liegt kein statistisches Material vor. Vereinzelt nahm die ZMK die Funktionsträger gemeinsam mit den Mandatsträgern in den Blick, wobei sie nur die Zahlen festhielt, anders als bei der SPD aber keine der beiden Gruppen planmäßig auch sozialstatistisch erfaßte.<sup>28</sup> Aus diesen ZMK-Statistiken kann mithin lediglich die Anzahl der einzelnen Funktionsträger wie Kreis- oder Landesverbandsvorsitzende, Schatzmeister oder Geschäftsführer ermittelt werden. Im Rahmen dieser Studie wurde auf eine solche rein quantitative Auswertung verzichtet. Dafür sprach neben dem begrenzten Aussagewert vor allem die Tatsache, daß die entsprechenden ZMK-Statistiken nicht flächendeckend überliefert sind. Dieser magere Befund kontrastiert mit dem umfangreichen statistischen Material, das für die SPD über die Sozialstruktur ihrer Funktionsträger vorgelegt werden kann<sup>29</sup>, und verdeutlicht die unterschiedliche Bedeutung der Funktionsträgerschaft für die rechte und die linke große Volkspartei. Obwohl die CDU um die Vorzüge professioneller Parteiführung auf allen Ebenen wußte und diese seit den späten fünfziger Jahren nicht nur anstrebte, sondern auch schrittweise zu realisieren verstand, wollte sie sich keineswegs auf eine Stufe stellen mit einer »Kaderpartei wie [der] SPD«<sup>30</sup>, deren innerparteilicher Korpsgeist und Führungswille den Christdemokraten fremd blieb. Gerade aufgrund des fehlenden statistischen ZMK-Materials haben die Anaysen von Wulf Schönbohm zur Entwicklung in der CDU-Funktions- und Mandatsträgerschaft ganz

---

<sup>27</sup> Siehe Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik.

<sup>28</sup> Eine punktuelle Ausnahme ließ sich mit einer ZMK-Statistik für Funktions- und Mandatsträger vom 13.3.1974 finden. ACDP, VII-004-F020.

<sup>29</sup> Siehe Boyer, SPD, in: HSPP IV.

<sup>30</sup> Heck in der Sitzung vom 19.1.1954, in: CDU-Bundesvorstand 1953–1957, S. 73. In diesem Sinn auch Bundesparteitag 1956, S. 107.

besonderen Wert: Sie sind Forschungsergebnis und Quelle zugleich.<sup>31</sup> Schönbohm war es dank seiner Beschäftigung in der CDU-Bundesgeschäftsstelle möglich, personenbezogene Daten auswerten zu lassen und damit für zwei Zeitpunkte – März 1974 und März 1982 – Statistiken über die Konfessionzugehörigkeit, die Beschäftigungsverhältnisse und die Mitgliedschaften der Funktions- und Mandatsträger in Vereinigungen der Partei zu erstellen. Einzig auf dieses Datenmaterial kann hier verwiesen werden.

Ebenfalls nicht gesondert erfaßt wurde die Sozialstruktur der Frauen in der CDU. Auch darin unterscheidet sich die CDU maßgeblich von den Sozialdemokraten. Allerdings bot die ZMK der Partei intern jederzeit die technische Möglichkeit zu frauenspezifischer Datenrecherche.<sup>32</sup> Da solche Abfragen in den Aktenbeständen – bis auf Ausnahmen – keinen Niederschlag gefunden haben<sup>33</sup>, bleibt die Sozialstruktur der weiblichen CDU-Mitglieder weitgehend im Dunkeln. Erst die Umstellung der ZMK im Jahre 1984 schlüsselte zumindest das Kriterium »Alter« nunmehr nach Geschlecht auf. Diese Konkretisierung ändert allerdings nichts daran, daß das Fehlen frauenspezifischer Sozialstatistiken aus Sicht der Forschung allgemein zu bedauern ist. Denn über die ZMK hinaus können auch die erstmals 1989 auf dem Bremer Bundesparteitag vorgelegten sogenannten Frauenberichte keine weiteren soziostrukturellen Merkmale liefern.<sup>34</sup>

Einen gänzlich anderen Charakter hat die Quellenlage für die Zeit vor 1966. Geschlossene Datensätze sind bis zu diesem Zeitpunkt rar – ein Faktum, das weniger in mangelhafter Überlieferung als vielmehr, wie zu zeigen sein wird, in der Parteigeschichte und -organisation begründet ist. Die vorliegenden Angaben sind in der Regel sowohl chronologisch als auch geographisch vereinzelt und betreffen zumeist nur die Zahl der Mitglieder. Obwohl die Partei bereits früh grundsätzlich »die Wichtigkeit der Parteistatistik [...] anerkannt« hatte und Formblätter von Beginn an für eine einheitliche Erfassung der Mitgliederdaten sorgen sollten<sup>35</sup>, lassen sich Angaben über die soziale Struktur der frühen CDU noch seltener finden als reine Mitgliederzahlen.

Die Durchsicht der Bestände des ACDP erfolgte mit Blick auf Akten zur Organisation der Partei, ihrer Mitgliederverwaltung und -struktur.<sup>36</sup> Daneben galt ein besonderes Augenmerk stets auch dem Schriftgut aus der Gründungs- und Aufbauphase der CDU. Dabei wurde zuerst auf der Ebene der Bundespartei der Bestand »Bundesgeschäftsstelle« (VII-004) gesichtet. Diesem umfangreichen und für die Geschichte der Partei zentralen Bestand haftet das Manko an, nicht kontinuierlich von einem einzigen Mitarbeiter der Stiftung betreut worden zu sein; daher fielen gerade hinsichtlich des Aktenmaterials der ZMK, auf dem die nachfolgenden Tabellen für die Zeit von 1966 bis 1990 fußen, die Ausweisungen im Findbuch bisweilen eher flüchtig aus. Dieser Zustand änderte sich im Zuge der Projektlaufzeit grundsätzlich. Unter den sorgfältigen Händen

---

<sup>31</sup> Vgl. Schönbohm, Volkspartei, S. 234–244.

<sup>32</sup> Vgl. Vermerk für Meyer, betr. selektionsfähige Schlüssel, ACDP, Bundesgeschäftsführer, Landesgeschäftsführerkonferenzen, LGF-Konferenz, 5. 9. 1973 (unverzeichnet).

<sup>33</sup> Vgl. ZMK-Statistik für CDU-Frauen, ACDP, VII-004-1255 sowie weibliche Neumitglieder, 31. 12. 1972, ACDP, VII-004-F083.

<sup>34</sup> 37. Bundesparteitag 11.–13. 9. 1989, Bremen. Frauenbericht. Bericht des Generalsekretärs zur Umsetzung der Essener Leitsätze, des C3-Beschlusses von Mainz und der Wiesbadener Richtlinien, Bonn [1989].

<sup>35</sup> Vgl. Protokoll Landesgeschäftsführer-Tagung für die britische Zone, 21./22. 5. 1946, BA, N 1278/268 (Zitat) und Rundschreiben des Zonenausschusses, 18. 11. 1947, ACDP, III-002-014/2.

<sup>36</sup> Die Datenrecherche lag aufgrund einer personellen Veränderung im Projekt nicht in den Händen der Bearbeiterin, sondern ist von Frank Schmidt, Daniela Gniss und Oliver Gnad vorgenommen worden.

Konrad Kühnes, Mitarbeiter im ACDP, wurden die Akten zur ZMK gesichtet, teilweise neu und nunmehr übersichtlich geordnet, in einem ergänzten Findbuch präzise verzeichnet und damit einhergehend die Statistikbögen mikroverfilmt. In die Schlußphase des Projektes fiel die Übernahme umfangreicher Aktenbestände der Bundesgeschäftsstelle durch das ACDP im Vorfeld des Berlin-Umzuges der Parteizentrale im Sommer 2000. Auf diesem Weg gelangten auch weitere Akten zur Parteiorganisation und Mitgliederverwaltung vor allem der achtziger Jahre in das Archiv der Adenauer-Stiftung, die noch nicht verzeichnet sind. Der Umsicht von Herrn Kühne ist es zu verdanken, daß aus dem großen Berg des Neueingangs einige Ordner projektergänzenden Materials herausgefiltert werden konnten, eine darüber hinausgehende systematische Durchsicht war aber mit Blick auf das nahende Projektende nicht mehr möglich.

Neben der Hauptquelle ZMK beinhaltet der Bestand »Bundesgeschäftsstelle« auch Mitgliederstatistiken für die Zeit von 1945 bis zur Einführung der ZMK. Sie finden sich für die Frühphase vornehmlich im Schriftverkehr des Zonenausschusses. Doch bündelt der Bestand neben dem Aktenmaterial der CDU in der britischen Zone auch Schriftgut der anderen Landesverbände. Besonders ergiebig zeigte er sich ferner hinsichtlich von Informationen zur Organisation der Mitgliederverwaltung, die vor allem im Umfeld der ZMK-Einführung für das Projekt von Bedeutung sind.

Unterhalb dieser zentralen Ebene erfolgte die Durchsicht der einschlägigen Bestände der einzelnen Landesverbände. Sie fallen sowohl hinsichtlich ihrer Quantität als auch ihrer projektrelevanten Qualität sehr unterschiedlich aus. Umfangreich dokumentiert sind vor allem die beiden großen Landesverbände Westfalen-Lippe und Rheinland.<sup>37</sup> Unterhalb der Landesverbandsebene wurde auch in die Bestände der Bezirksverbände Einsicht genommen; aus ihnen floß jedoch kein Material in die Dokumentation ein.

Ergänzend zu diesem genuinen Aktenmaterial der Partei kam überliefertes Schriftgut führender Repräsentanten, vornehmlich der Geschäftsführer, als Quelle in Betracht. Mit Blick auf die Gründungsphase und die Parteiorganisation der fünfziger und sechziger Jahre wurde daher eine Fülle von Nachlässen eingesehen.<sup>38</sup> Der Ertrag blieb allerdings begrenzt.

Für Studien, die sich speziell der Mitgliedschaft der CDU-Vereinigungen widmen wollen, bietet vor allem der im ACDP verwahrte Bestand der Jungen Union eine breite Quellengrundlage.<sup>39</sup> Seit 1972 verfügte die Junge Union über eine eigene ZMK, die neben Geschlecht, Konfession und Alter Berufsgruppen, berufliche Stellung (Beschäftigungsverhältnis) und politische Interessen der Mitglieder wie auch die Zahl ihrer Mandatsträger ausweist.<sup>40</sup> Dieses überlieferte Datenmaterial wird für die davorliegende Zeit von 1965 bis 1972 ergänzt durch die Organisationsberichte der JU-Landesverbände.<sup>41</sup> In ihnen sind ebenso Geschlecht, Konfession, Alter, berufliche Gliederung und Zahl der Mandatsträger erfaßt. Auf diese Weise läßt sich die Junge Union in ihrem Mitgliederbestand und ihrer Sozialstruktur – von älteren Streufunden abgesehen – ab Mitte der sechziger Jahre nahezu lückenlos und flächendeckend für den Bund und die Landesverbände dokumentieren. Eine Ausnahme bildet der Landesverband Bayern der

---

<sup>37</sup> ACDP, III-002 und HStA Düsseldorf, RWV 26.

<sup>38</sup> Die Durchsicht der Nachlässe hat Frank Schmidt übernommen.

<sup>39</sup> Vgl. Grotz, Junge Union, S. 45–57.

<sup>40</sup> Vgl. Vermerk, 4.10.1974, ACDP, IV-007-071/1. Die ZMK-Statistiken sind von 1974 an überliefert. Siehe ACDP, VII-004-F088–F090.

<sup>41</sup> Vgl. ACDP, IV-007-012/2, -014/2, -092/1, -094/1, -094/2, -097/1, -099, -101/2, -103/1, -104, -106/2, -109/1, -024/2.



Jungen Union. Für ihn liegen im ACDP zwar Organisationsberichte der Jahre 1965 bis 1972 mit einer Lücke für 1969 vor<sup>42</sup>, die ZMK-Daten sind nach Auskunft der CSU-Landesleitung, Abteilung Mitgliederverwaltung, aber nicht in einer Form und Dichte archiviert, wie sie die Überlieferung der anderen Landesverbände aufweist.

Eine vergleichbare Quellenlage hat keine andere der CDU-Vereinigungen zu bieten. Zwar existieren ebenso für die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft ZMK-Bögen, die auf die spezifischen Bedürfnisse der CDA eingehen, indem sie neben Mitgliederstand, Zu- und Abgängen, Alter, Geschlecht und Parteimitgliedschaft auch die Zugehörigkeit zu Gewerkschaften festhalten. Doch setzen diese Statistiken erst mit der vergleichsweise späten Umstellung der Mitgliederkartei auf EDV im Jahr 1981 ein.<sup>43</sup> Für die Zeit davor sind angesichts einer »desolate[n]« Mitgliederverwaltung Angaben über die Zahl der Mitglieder »kaum möglich«.<sup>44</sup> Da die Frauenvereinigung bis 1988 ausschließlich aus den weiblichen Mitgliedern der CDU bestand, verfügte sie – anders als JU und CDA – über keine eigene Zentralkartei. Gleiches gilt für die Mittelstandsvereinigung, die Kommunalpolitische Vereinigung und die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, die spätere Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung.<sup>45</sup>

### *Veröffentlichte Quellen*

Solange die Partei selbst nur eine unklare Vorstellung über ihren Mitgliederbestand hatte und die Zahlen, die ihr bekannt waren, selten präsentabel ausfielen, legte die CDU wenig Wert darauf, daß Statistiken in die Öffentlichkeit gelangten.<sup>46</sup> Somit blieben Zahlenangaben in gedruckter Form die Ausnahme. Vereinzelt summarische Angaben für den Mitgliederstand der Bundes-CDU finden sich in den Protokollen der Bundesparteitage; gleiches gilt für die Politischen Jahrbücher.<sup>47</sup> Erst mit der Schaffung einer soliden Datenbasis und den beachtlichen Zuwächsen der siebziger Jahre hielten Statistiken zur Mitgliederzahl und – allerdings seltener – Sozialstruktur Einzug in das veröffentlichte Schrifttum der Partei. Detaillierte Quelle hierzu sind die Berichte der Bundesgeschäftsstelle zu den Bundesparteitagen mit ihrer Anlage zum Bericht des Generalsekretärs.<sup>48</sup>

Die erste vollständige Sozialstrukturanalyse der CDU auf Bundesebene in Form des Ergebnisses der 2. Erhebung in den Kreisverbänden vom 31. Dezember 1964 publizierte Ossip Flechtheim 1971 in Band 9 seiner Dokumentensammlung zur Parteienentwicklung.<sup>49</sup> Für die Zeit davor stellte Flechtheim bereits publiziertes Material zusammen, um zumindest exemplarisch einen Eindruck der CDU-Sozialstruktur zu

<sup>42</sup> Vgl. ACDP, IV-007-012/2, -014/2, -094/1, -023/3, -024/2.

<sup>43</sup> Vgl. schriftliche Auskunft CDA. Zur Mitgliederstatistik vgl. ACDP, VII-004-F092.

<sup>44</sup> CDA-Geschäftsbericht, 17. Bundestagung 4./5.6.1977 (1. Zitat) und von Winter, Sozialausschüsse der CDU, S. 392 (2. Zitat).

<sup>45</sup> Vgl. schriftliche Auskunft Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Entsprechende Anfragen bei den beiden anderen Vereinigungen blieben ohne Antwort.

<sup>46</sup> Vgl. Varain, Parteien und Verbände, S. 43. Vgl. auch Bericht, Torso o.D. [ca. 1957], ACDP, III-003-A059/2.

<sup>47</sup> Vgl. Bundesparteitag 1956, S. 106, Bundesparteitag 1958, S. 59 und Bundesparteitag 1960, S. 80 sowie Politisches Jahrbuch der CDU/CSU 1965, S. 113.

<sup>48</sup> Vgl. etwa ausführlich Bericht Bundesgeschäftsstelle zum 18. Bundesparteitag [1971]. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs.

<sup>49</sup> Vgl. Flechtheim, Dokumente IX, S. 447–460.

vermitteln.<sup>50</sup> Einige wenige Tabellen basieren auf zeitgenössischen Angaben der Landesverbände, die sich gerne auf Prozentzahlen beschränkten, um auf diese Weise niedrige Mitgliederstände zu kaschieren; diese Tabellen wurden in die vorliegende Dokumentation übernommen, sofern damit Lücken geschlossen werden konnten, die archivalisches Material nicht hatte abdecken können.

Weitaus ergiebiger als hinsichtlich des gesuchten Datenmaterials fallen die gedruckten Quellen mit Blick auf die Geschichte von Parteiorganisation und Mitgliederverwaltung aus. Insbesondere anhand der Parteitagsprotokolle lassen sich die Neuerungen in diesem Bereich kontinuierlich nachvollziehen. Gleiches gilt für die Protokolle der Bundesvorstandssitzungen, die bereits bis 1965 in gedruckter Form vorliegen und einen großen Teil der Reformbemühungen dokumentieren.<sup>51</sup> Anders als der Bundesvorstand, der sich naturgemäß intensiv mit Organisations- und Mitgliederfragen beschäftigte, war die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag nicht mit diesen Dingen befaßt.<sup>52</sup>

### c) Quellentypologie

Die Recherchen förderten eine Fülle von Zahlen zutage, die von vagen Schätzungen bis zu akribisch verzeichneten Mitgliederständen reichen. Als problematisch erweisen sich insbesondere die absoluten Mitgliederzahlen vor Einführung der ZMK. Sie sind, wie Frank Bösch zu Recht formuliert, »mit Vorsicht zu genießen«.<sup>53</sup> Vor allem die von den Landesverbänden gemeldeten Zahlen standen in einem latenten Spannungsverhältnis gegenläufiger Interessen. Versuchten die regionalen CDU-Gliederungen auf der einen Seite gegenüber Außenstehenden, die kläglichen Mitgliederbilanzen mittels überhöhter Angaben zu schönen, korrigierten sie auf der anderen Seite gegenüber der Bundespartei ihre Mitgliederzahlen nach unten, um die nach dem Mitgliederstand bemessene Pflichtabgabe aus den Mitgliederbeiträgen in die Parteizentrale möglichst gering zu halten. Die auf diese Weise entstehende Differenz ging bundesweit in die »Zehntausende«, Rheinland und Westfalen nicht mitgerechnet<sup>54</sup>; diese beiden Landesverbände hatten der Bundesführung vorsorglich den Zugriff auf die Adressenlisten verweigert. Weitere Beispiele doppelter Buchführung lassen sich in diesem Zusammenhang ebenso finden wie Belege rein fiktiver Angaben.<sup>55</sup> Der Zielkonflikt der Landesverbände entschärfte sich, als von 1957 an der Mitgliederstand zur Berechnung der Delegiertenzahlen für die Bundesparteitage herangezogen wurde und die Landesverbände fortan auch gegenüber der Bonner Zentrale an der Meldung hoher Mitgliederzahlen interessiert waren. So zeigt sich etwa für das Jahr 1958 weitgehende Übereinstimmung zwischen den Mitgliederangaben, die der Delegiertenberechnung für den Bundesparteitag zugrunde lagen, und den Mitgliederzahlen anderer Provenienz.

---

<sup>50</sup> Vgl. Flechtheim, Dokumente IX, S. 461–468.

<sup>51</sup> Vgl. CDU-Bundesvorstand 1950–1953; CDU-Bundesvorstand 1953–1957; CDU-Bundesvorstand 1957–1961; CDU-Bundesvorstand 1961–1965.

<sup>52</sup> Vgl. CDU/CSU-Fraktion 1949–1953; CDU/CSU-Fraktion 1953–1957; CDU/CSU-Fraktion 1957–1961; CDU/CSU-Fraktion 1961–1966.

<sup>53</sup> Bösch, Adenauer-CDU, S. 278.

<sup>54</sup> Heck in der Sitzung vom 20. 9. 1956, in: CDU-Bundesvorstand 1953–1957, S. 1090 f.

<sup>55</sup> Vgl. Bösch, Adenauer-CDU, S. 278.

Von taktischen Zwängen weitgehend unbeeinflusst war die Mitgliederverwaltung im Zusammenspiel von Kreis- und Landesverbänden. Angaben dieser Ebene haben daher auch bevorzugt Eingang in nachfolgendes Tabellenwerk gefunden. Gleichwohl haftet ihnen ein anderes Grundproblem im Verfahren der Mitgliederverwaltung an. Eine Unterscheidung zwischen zahlenden und nichtzahlenden Mitgliedern ist in der Buchführung der Kreisverbände die Ausnahme. Da sie ihre Karteien zumeist nicht dazu verwendeten, kontinuierlich Mitgliederbeiträge einzuziehen, veralteten die Unterlagen unbemerkt, weil Mitglieder verzogen oder verstarben, ohne daß der Kreisverband davon Kenntnis erhielt. Wenn nicht in regelmäßigen Abständen eine Karteibereinigung vorgenommen wurde, schraubte sich auf diese Weise die Mitgliederzahl im Laufe der Zeit künstlich in die Höhe.

Trotz dieses Generalvorbehalts für absolute Mitgliederzahlen vor Einführung der ZMK, dem es Rechnung zu tragen gilt, ist mit statistischem Material der CDU durchaus zu arbeiten. Vor allem mit den beginnenden sechziger Jahren werden die Angaben zuverlässiger; konkurrierende Zahlen unterschiedlicher Herkunft weichen in der Regel nur noch geringfügig voneinander ab. Auch wenn die Angaben – selbst wenn sie Präzision suggerieren – kaum je dem faktischen Mitgliederstand entsprochen haben dürften, geben sie doch verlässliche Trends, Größenordnungen und Relationen wieder. Und schließlich sind sie schlicht die besten aller schlechten Zahlen!

Auch bei der Sozialstatistik ist auf ein Grundproblem hinzuweisen. Die Angabe der persönlichen Daten erfolgte in der Regel einmalig zum Zeitpunkt des Parteieintritts. Spätere Veränderungen im Familienstand, der beruflichen Stellung oder dem Beruf selbst wurden ebenso wie der anschließende Beitritt zu einer der parteiinternen Vereinigungen nur erfaßt, wenn das Mitglied selbst sie bekannt gab und die Mitgliederverwaltung sie entsprechend registrierte. Folglich enthalten diese Statistiken einen quantitativ nicht zu bemessenden Anteil veralteter Angaben. Dennoch sollte das Problem insbesondere bei den Berufsstatistiken nicht überschätzt werden, waren die Erwerbsbiographien doch bis weit in die achtziger Jahre hinein überwiegend von Kontinuität geprägt. Unklar bleibt unter diesen Umständen freilich der Werdegang derjenigen Mitglieder, die sich beim Parteieintritt noch in der Ausbildung befanden. Dieser Hintergrund zeigt zugleich die besondere Relevanz von Neumitglieder-Statistiken. Sie bieten aktuelle und damit zuverlässige Daten, an denen sich auch der kurzfristige soziostrukturelle Wandel der Parteimitglieder ablesen läßt.

### *Quellen aus dem Bereich der Mitgliederverwaltung*

#### Statistiken

Die Mehrzahl der benutzten Quellen sind – naturgemäß – Statistiken, die von der CDU für den internen Gebrauch erstellt wurden, um sich ein Bild zu verschaffen über Mitgliederstärke und soziale Struktur der Partei. Solche Statistiken wurden grundsätzlich zunächst auf Kreisebene erstellt und von hier aus der nächst höheren Ebene, den Landesverbänden, gemeldet. Dort erfuhren die Einzelstatistiken ihre Synthese zu einer Gesamtstatistik des Landesverbands. Überliefert sind Statistiken beider Ebenen. So finden sich in den Beständen der Landesverbände Statistiken einzelner Kreisverbände; liegen die Kreisverbände eines Landesverbands vollständig vor, ohne daß sich eine Gesamtstatistik des Landesverbands finden ließ, sind die Einzelstatistiken im nachfolgenden Tabellenteil addiert worden. Wies das Set der Kreisverbände hingegen Lücken auf, wurden die Einzelstatistiken nicht berücksichtigt. Häufig ließen sich allerdings

schon auf Landesverbandsebene summierte Angaben finden. Hierbei sind zwei Typen zu unterscheiden: Der eine – im Tabellenteil als ›KV-Statistik‹ bezeichnet – führt in einer Großsynopse alle Kreisverbandsangaben einzeln auf, um sie anschließend zu addieren. Dieser Quellentyp bietet ein Höchstmaß an Transparenz, da sichtbar wird, ob alle Kreisverbände gemeldet haben, welche Meldungen fehlen oder wo offensichtlich gerundete oder gar geschätzte Angaben vorliegen. Der andere Typ liefert nur das Ergebnis auf Landesverbandsebene und wird folglich als ›LV-Statistik‹ geführt. Wenn gleich hier die Genese der Statistik nicht nachvollziehbar ist, sind auch Statistiken dieses Typs allgemein als verlässlich einzustufen, sofern sie zeitnah an den Ursprungserhebungen der Kreisverbände erstellt worden sind. Dies ist im Bereich der Sozialstrukturdaten stets der Fall, nicht allerdings bei den absoluten Mitgliederzahlen. Hier lassen sich immer wieder retrospektiv zusammengestellte Statistiken – im Tabellenteil kurz mit dem Begriff ›Statistik‹ belegt und mit Jahresangaben versehen – finden, denen nicht zu entnehmen ist, auf welchem Material sie gründen. Der Grad ihrer Verlässlichkeit bleibt damit unbestimmt.

### Meldebögen

Die in den fünfziger Jahren eingeführten und bis zur Einrichtung der ZMK benutzen Meldebögen M1 und M2 sind standardisierte Formen solcher KV- und LV-Statistiken. Meldebogen M1 war für monatliche Berichte über die politische und organisatorische Arbeit der Kreisverbände an den jeweiligen Landesverband vorgesehen; er weist Zu- und Abgänge mit entsprechenden Begründungen aus und legt darüber hinaus Rechenschaft ab über Parteiveranstaltungen und Finanzlage. Nicht dokumentiert ist hingegen die soziale Zusammensetzung der Mitglieder. Diese Lücke schließt der halbjährliche Meldebogen M2. Über den Berichtskanon des ersten Meldebogens hinaus weisen Kreis- und Landesverbände in ihm Geschlecht, Alter, Konfession und Beruf (im Sinne beruflicher Stellung) ihrer Mitglieder aus; auch wird die Anzahl der Heimatvertriebenen und Sowjetzonen-Flüchtlinge festgestellt.

### Erhebungen in den Kreisverbänden/Organisationsstudien 1962 und 1964

Im Februar 1963 ließ der Bundesgeschäftsführer an alle Kreisverbände Fragebögen verschicken, die der Parteiführung Auskunft geben sollten über den Organisations- und Mitgliederstand ihrer Gliederungen.<sup>56</sup> Die flächendeckende Aktion lief zwar schleppend an, erreichte aber schließlich im Herbst 1963 doch mit 97,5 % (394 von 399 KV) eine beachtliche Rücklaufquote. Die Auswertung der Fragebögen erfolgte sowohl für die Landesverbands- als auch für die Bundesebene.<sup>57</sup> Vorgelegt werden konnten daraufhin umfassende Organisationsstudien über die Mitgliederzahl der Partei – teilweise mit Referenzangabe für das Jahr 1960 –, ihre technische Ausrüstung und finanziellen wie personellen Verhältnisse; vor allem aber geben diese Studien auch Auskunft über die Sozialstruktur der Mitglieder. Die Kriterien entsprechen mit den Fragen nach Geschlecht, Alter, Konfession und beruflicher Stellung denen des Meldebogens M2, ohne allerdings Vertriebene und Flüchtlinge zu erfassen. Dafür sind erstmals die Mitgliedschaften in Junger Union, Sozialausschüssen der CDA, Frauenvereinigung, Kommunalpolitischer Vereinigung und Mittelstandsvereinigung dokumentiert; allerdings ist bei diesen Angaben im Vergleich mit späteren Jahren zu berücksichtigen, daß sich zu

---

<sup>56</sup> Vgl. Rundschreiben, 13.2.1963, ACDP, III-012-1964-65.

<sup>57</sup> ACDP, VII-004-676/1.

Beginn der sechziger Jahre längst noch nicht in jedem Kreisverband auch alle Vereinigungen konstituiert hatten.

Die nach der Auswertung des Materials 1963 vorgelegten Organisationsstudien zu den Landesverbänden und der Bundespartei – im Tabellenteil als ›1. Erhebung‹ bezeichnet – bergen gravierende Unsicherheiten. Diese beginnen mit dem Ausfüllen der Fragebögen. Zwar ist dies, so das Urteil der für die Synthese zuständigen Abteilung Organisation der Bundesgeschäftsstelle, »teilweise sehr sorgfältig« geschehen<sup>58</sup>, doch zeugen Lücken ebenso wie rechnerische Differenzen von desolater Karteiführung, unsachgemäßer Handhabung oder mißverständlich formulierten Formularen. Als Problem erwies sich auch die genaue Datierung der Angaben, da hier Verwirrung hinsichtlich der Stichtage bestand. Der ursprüngliche Stichtag war auf den 31. Dezember 1962 festgelegt worden; doch führten unzureichende Mitgliedererfassung und mangelhafte Personalausstattung dazu, daß etliche Kreisverbände erst im Laufe des Jahres 1963 ihre Angaben vorlegen konnten. So erscheint mit dem 1. November 1963 ein zweiter Stichtag in den Unterlagen; zugleich ist aber auch der 31. März 1963 als Erhebungsstand genannt. Folglich beziehen sich die Angaben auf ganz verschiedene Zeitpunkte. Wohlorganisierte und -ausgestattete Kreisverbände haben ihre Angaben zum 31. Dezember 1962 fixiert, andere zu im einzelnen nicht nachweisbaren Daten bis zum 1. November 1963. Obgleich sich die Erhebung mithin über zehn Monate erstreckte, wird sie im nachfolgenden Tabellenteil auf den ursprünglich vorgegebenen Jahresendstand 1962 datiert. So verfährt auch die 2. Erhebung in den Kreisverbänden, die zwei Jahre später folgte und zum Vergleich stets auf die Referenzerhebung mit Stand vom 31. Dezember 1962 verweist. Ebenso unterschiedlich wie bei der Datierung fällt die 1. Erhebung in ihrer Transparenz aus. Während die CDU in Hessen, Braunschweig, Hannover, Oldenburg, Rheinland, Westfalen-Lippe und Rheinland-Pfalz lediglich summarische Angaben für den jeweils gesamten Landesverband lieferten, warteten die übrigen Parteileitungen zusätzlich mit Daten der einzelnen Kreisverbände auf; davon ausgenommen sind allerdings auch dort die Statistiken zur beruflichen Stellung. Als weiteres Defizit ist für diese 1. Erhebung kennzeichnend, daß häufig nur Prozentzahlen und keine absoluten Zahlen ausgewiesen wurden. Vor diesem Hintergrund vermögen die Organisationsstudien von 1963 nur Tendenzen sozialstruktureller Verfaßtheit der CDU anzugeben. Hingegen können die absoluten Mitgliederzahlen bereits als durchaus verlässlich eingestuft werden.

Weitaus präziser fällt hingegen die ›2. Erhebung‹ dieser Art aus, die mit dem eindeutigen Stichtag 31. Dezember 1964 zwei Jahre später folgen sollte. Identisch ausgerichtet und aufgebaut, konnte sie davon profitieren, daß die Karteiführung durch die vorangegangene Erhebung und die Vorbereitungen zur Einführung der ZMK unterdessen deutlich verbessert worden war. Die aus dieser ›2. Erhebung‹ hervorgegangenen Organisationsstudien aus dem Jahr 1965 dürfen als zuverlässige Aussagen über die Sozialstruktur der CDU gelten.<sup>59</sup>

### Zentrale Mitgliederkartei (ZMK)

Die ZMK hat der Partei eine Revolution in der Mitgliederverwaltung beschert, doch gilt: Auch eine EDV-geführte Zentralkartei ist nur so gut sein wie das Meldewesen der einzelnen Kreisverbände. Daher kann die ZMK in ihrer Frühphase, dem Jahr 1965, auch noch nicht als zuverlässig gelten. Obwohl die Einführung der ZMK minutiös

<sup>58</sup> Landesgeschäftsführerkonferenz, 4./5.4.1963, Anlage 2, ACDP, III-002-563/1.

<sup>59</sup> ACDP, VII-004-676/2 sowie ACDP, Bibliothek.

vorbereitet und der Mitglieder-Fragebogen »durch gründliche Tests« den praktischen Erfordernissen angepaßt worden war<sup>60</sup>, hatten etliche Kreisverbände zu diesem Zeitpunkt ihre Mitglieder noch nicht oder nicht vollständig gemeldet. Die Lücken ließen sich im Laufe des Jahres 1966 beständig füllen<sup>61</sup>, so daß die ZMK zum Jahresabschluß 1966 – mit Ausnahmen – schon als hinreichend zuverlässig gelten kann, um in das nachfolgende Tabellenwerk einzugehen. Im Jahr 1967 reduzierte sich die Anzahl der säumigen Kreisverbände auf vier.<sup>62</sup> Spätestens mit dem Abschluß des Jahres 1968 lagen die Meldungen aller Kreisverbände vollständig vor.

Zur Pflege der ZMK waren die Kreisverbände gehalten, etwa alle zwei Wochen Mitglieds- und Veränderungsmeldungen einzureichen.<sup>63</sup> Dabei konnten durch doppelte An- oder Abmeldungen, unterbliebene Meldung oder fehlerhafte Überweisung in einen anderen Kreisverband Unstimmigkeiten entstehen. Nicht zuletzt um durch einen Abgleich der Unterlagen solche Fehlerquellen aufzuspüren, erhielten die Kreisverbände im Gegenzug monatlich einen statistischen Bericht aus der Bonner Parteizentrale.<sup>64</sup>

Aus dem Datenmaterial der ZMK wurden monatlich Statistiken für die drei Ebenen der Kreise, der Landesverbände und der Bundespartei erstellt. Sie wiesen neben den »normalen« Mitgliedern seit 1972 auch die neueingetretenen Mitglieder und von 1984 an zudem die ausgeschiedenen Mitglieder aus. Nicht herausgefiltert wurde die Gruppe aller weiblichen CDU-Mitglieder. Nur für das Kriterium »Alter« liegen von 1984 an nach Geschlecht aufgeschlüsselte Angaben vor.

Die ersten Statistikbögen der ZMK knüpften an die auch zuvor nachgefragten – und offensichtlich bewährten – Sozialstrukturkriterien – Geschlecht, Alter, Konfession, Familienstand, Vertriebene/Flüchtlinge, Mitgliedschaften in Vereinigungen, berufliche Stellung – an. Die einzige Ergänzung dieses Grundkanons bestand zunächst in der Angabe über den konkreten Beruf. Im Jahr 1976 erfolgte eine erste, kleine Umstellung: Dreißig Jahre nach Kriegsende, abgeschlossener Integration der Vertriebenen und einer durch die Ostverträge geänderten politischen Lage spielte das Wissen um die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU nur noch eine nachgeordnete Rolle. Folglich verzichtete die Bundesgeschäftsstelle fortan auf diese Statistik. An ihre Stelle trat die Frage nach der Anzahl der ausländischen CDU-Mitglieder. Eine zweite, diesmal größere Reform des Kategoriensets der Statistikbögen kam 1984 mit der geschlechtsspezifischen Unterteilung der Altersstatistik und der Einführung von Statistiken zum Schulabschluß und – außer bei der Gruppe der Neumitglieder – zur Dauer der Parteimitgliedschaft. Da für weit über 90% der Mitglieder keine Angaben über ihren Schulabschluß vorlagen, wurden diese Statistiken nicht in das Tabellenwerk aufgenommen; gleiches gilt für Angaben zum Wirtschaftsbereich, in dem die Mitglieder tätig sind. Daneben verzichtete das Kategorienset nach 1984 auf die Feingliederung der Berufe und beschränkte sich auf summarische Angaben für die sieben Hauptgruppen. Auch die Statistiken der Neumitglieder und der ausgeschiedenen Mitglieder paßten sich dem neuen Verfahren an, wiesen jedoch keine Berufe mehr, sondern nur noch die berufliche Stellung der Mitglieder aus. Für Neumitglieder wurde parallel zur neuen Version der alte Statistikbogen weitergeführt.

---

<sup>60</sup> Rundschreiben Müllenbach, 22. 10. 1963, ACDP, III-002-563/1.

<sup>61</sup> Siehe hierzu auch Abschnitt II.2.b.

<sup>62</sup> Vgl. Aktennotiz, 5. 9. 1967, ACDP, VII-004-401/2.

<sup>63</sup> Vgl. Rundschreiben an alle Kreisverbände, 14. 10. 1968, ACDP, III-002-563/1.

<sup>64</sup> Vgl. Rundschreiben an alle Kreisverbände, 14. 12. 1972, ACDP, III-002-563/1.

### *Parteischrifttum als Quelle*

#### Viertel-, Halbjahres- und Jahresberichte

Viertel-, halb- oder jährlich vorgelegte Tätigkeits- oder Rechenschaftsberichte dienten dem innerparteilichen Informationsfluß und der Kontrolle. Sie mußten von sämtlichen Gebietsgliederungen verfaßt worden sein, sind aber vor allem für die Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe überliefert. Dieser Befund zeigt einmal mehr, daß es die mitgliederstarken, großen Parteigliederungen waren, die nicht nur früh schon zu einer kontinuierlichen Parteiorganisation gefunden haben, sondern zugleich auch im besonderen Maße um eine Archivierung ihres Schriftguts bemüht waren.

In den Berichten informierte die Partei über ihren Organisationsstand, ihre politische Arbeit und ihre finanzielle Lage sowie über die Zahl ihrer Mitglieder. Sozialstrukturdaten kommen in diesen Quellen vergleichsweise selten vor. Dabei fallen die Angaben unterschiedlich detailliert aus: Es werden sowohl KV- als auch globale LV-Statistiken aufgeführt. Da diese Berichte für den parteiinternen Gebrauch bestimmt waren und nicht auf eine bestimmte Wirkung in der Öffentlichkeit zielten, können die darin enthaltenen Angaben als authentisch gelten.

#### Meldungen an die Militärregierungen

Eine besondere Art von Berichten stellen für die Besatzungszeit die monatlichen Meldungen der Parteien an die Besatzungsbehörden dar. Sie beinhalten grundsätzlich nur den Stand der Mitglieder und machen keine Angaben über deren soziostrukturelle Zusammensetzung. Überliefert sind sie sowohl in Beständen der ehemaligen Besatzungsmächte als auch im Schriftgut der Partei selbst.<sup>65</sup> Anders als die parteiinternen Berichte waren die Meldungen an die Militärregierungen sehr zielgerichtet auf eine Außenwirkung bedacht. Hohe Mitgliederzahlen dokumentierten demokratische Legitimierung, sicherten die Zulassung und erwirkten die dringend benötigten materiellen Zuweisungen seitens der alliierten Behörden. Dementsprechend fallen auch die Angaben aus: Sie sind in der Regel zu hoch gegriffen<sup>66</sup> und daher im nachfolgenden Tabellenteil nur vereinzelt und vornehmlich dann verwendet, wenn die Größenordnung aufgrund von Vergleichszahlen treffend zu sein schien.

#### Rundschreiben und Korrespondenz

In Rundschreiben und sonstigen Mitteilungen sind Angaben zur Mitgliederzahl und -struktur zwar nur selten zu finden. Da es sich auch dabei um Medien für die innerparteiliche Informationsübermittlung handelte, die nicht auf Außenwirkung zielten, dürfen die wenigen Zahlen aber durchaus als verlässlich angesehen werden. Gleiches gilt für Angaben, die der Korrespondenz entnommen sind.

---

<sup>65</sup> Besonders dicht überliefert sind die Meldungen an die Militärbehörden des Landesverbandes Hessen. ACDP, III-020-115.

<sup>66</sup> Vgl. dazu auch Gnad, CSU, unten S. 578 f., sowie Schmitt, CDU im Landesbezirk Nordwürttemberg, S. 148 f. Besonders große Differenzen sind beim Landesverband Nord-Württemberg zu beobachten. Während eine parteiinterne Statistik für das Jahr 1949 nur 3.587 Mitglieder ausweist, wurden den Militärbehörden 6.087 Mitglieder gemeldet. Vgl. Tabellenteil A.1 und Schmitt, CDU im Landesbezirk Nordwürttemberg, S. 149.

## 2. Historische Entwicklung

### a) Gründungsphase (1945–1950)

Viel und zu Recht wurden beim staatlichen Neubeginn nach 1945 die ›Lehren von Weimar‹ bemüht. Das galt auch bei der Gründung einer interkonfessionellen Partei. Weil sich das Zentrum als katholische Milieupartei als zu schwach erwiesen hatte, um Deutschland vor dem Weg in die Barbarei zu bewahren, setzte man nach den bitteren Erfahrungen von Diktatur und Krieg auf eine Sammlung aller christlich-demokratischer Kräfte. In bewußter Abkehr von der Parteienzersplitterung, die die erste deutsche Demokratie dem Untergang geweiht hatte, stand den Gründern der CDU die Schaffung einer christlichen Werten verpflichteten, für alle soziale Schichten offenen Volkspartei vor Augen.<sup>67</sup> In der Tat bot die Union fortan Platz für divergierende politische Strömungen des bürgerlichen Lagers und wies bald eine politische Bandbreite auf, die von national-konservativ über bürgerlich-liberal bis hin zu christlich-sozial reichte. Einigendes Band war neben der christlichen Überzeugung und dem Antisozialismus »die Selbstverortung als Volkspartei der politischen Mitte«.<sup>68</sup> Das Volksparteikonzept fand jedoch insbesondere in exponiert katholischen Kreisen keine ungeteilte Zustimmung, wo man sich mitunter schwertat mit dem interkonfessionellen Zusammenschluß<sup>69</sup>, so daß mit der Parteineugründung auch die Wiedergründung der 1933 verbotenen Zentrumspartei einherging<sup>70</sup>, die allerdings über ein Schattendasein nie hinausfinden sollte.

Die Gründung der CDU erfolgte mit keinem zentralen Akt, sondern durch zahlreiche lokale Initiativen in allen vier Besatzungszonen.<sup>71</sup> Ein rascher Auf- und Ausbau gelang vor allem dort, wo an alte Organisations- und Milieustrukturen des politischen Katholizismus angeknüpft werden konnte. So faßte die Partei vor allem im Rheinland, in Westfalen-Lippe, in Rheinland-Pfalz und in Südbaden – dort zunächst als Badisch Christlich-Soziale Volkspartei (BCSV) – schnell Fuß<sup>72</sup>; in protestantischen Gebieten hingegen entfaltete sich die Partei weitaus langsamer. Im Laufe der Jahre 1945/46 verschmolzen die lokalen Parteigründungen innerhalb der Besatzungszonen zu Landesverbänden.<sup>73</sup> Eine erste Zusammenkunft über die Grenzen der Besatzungszonen hinweg fand im Dezember 1945 mit dem sogenannten Reichstreffen der christlichen Demokraten in Bad Godesberg statt. Nachdem aufgrund der unterschiedlichen Traditionen und Ausrichtungen die Namensgebung der neuen Partei lokal unterschiedlich ausgefallen war, fand man dort zur gemeinsamen Parteibezeichnung Christlich-Demo-

<sup>67</sup> Vgl. Buchhaas, Volkspartei, S. 29–33, und Haungs, Prototyp einer Volkspartei, S. 172–174. Zu Begriff und Konzept der Volkspartei vgl. ausführlich Mintzel, Volkspartei, hier v. a. S. 28–32.

<sup>68</sup> Bösch, Weltanschauliche und organisatorische Grundlagen einer Sammlungspartei, S. 92.

<sup>69</sup> Vgl. Bösch, Adenauer-CDU, S. 21 f.

<sup>70</sup> Vgl. Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums, S. 133–152; Schmidt, Die Deutsche Zentrums-Partei, v. a. S. 1198–1215, sowie dies., Zentrum oder CDU, v. a. S. 175 f.

<sup>71</sup> Vgl. Kaff, Eine Volkspartei entsteht, S. 73–92.

<sup>72</sup> Zur BCSV vgl. Fäßler, Badisch, Christlich und Sozial, v. a. S. 71–87 und 115–120.

<sup>73</sup> Einen Überblick über die Anfangsjahre der Landesverbände bietet Becker, CDU und CSU 1945–1950, S. 53–180. Daneben liegen zahlreiche landesspezifische Studien vor. Siehe exemplarisch Martin, Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz; Rüschemschmidt, Gründung und Anfänge der CDU in Hessen; Weitzel, Von der CSVP zur CDU, sowie CDU in Baden-Württemberg.



kratische Union Deutschlands (CDUD). Nur die Vertreter aus Baden und Bayern schlossen sich dieser Entscheidung nicht an. Zugleich folgte man einem Wunsch der Militärverwaltung und fusionierte die acht Landesverbände der britischen Besatzungszone zum Zonenverband, dessen Leitung am 1. März 1946 Konrad Adenauer übernahm. Vergleichbare überregionale Zusammenschlüsse in der amerikanischen und der französischen Zone scheiterten am Unwillen der jeweiligen Militärregierung.<sup>74</sup> Von der Vorstufe der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU Deutschlands, auf die sich im Februar 1947 die Landesvorsitzenden in Königstein/Taunus verständigt hatten<sup>75</sup>, abgesehen, sollte es noch über die Gründung der Bundesrepublik hinaus dauern, bis sich die CDU schließlich auf Bundesebene etablierte. Erst im Oktober 1950 konstituierte sich auf dem 1. Bundesparteitag in Goslar die Bundespartei und machte mit Adenauer den Vorsitzenden der Zonenpartei zum ersten Bundesvorsitzenden.

b) ›Kanzlerwahlverein‹ (1950–1961)

Noch bevor die CDU den Schritt zur Bundespartei getan hatte, war sie mit der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag zur Regierungspartei geworden. Adenauers Personalunion von Kanzler und zugleich Vorsitzendem der CDU sollte in den fünfziger Jahren bestimmend für die Entwicklung der noch jungen und heterogenen Partei werden. Adenauers auf ›Wirtschaftswunder‹ und Westintegration fußender politischer Erfolg wirkte integrierend; er war die Klammer, die die Union zusammenhielt.<sup>76</sup> Der Regierungserhalt bedingte somit das Wohl der Partei, die sich im Gegenzug voll und ganz in den Dienst des Kanzlers stellte. Die Union machte sich damit selbst zu einem ›Kanzlerwahlverein‹. Doch nicht nur durch die Fixierung auf Adenauer wurde die ›verspätete‹ Bundespartei in ihrer eigenständigen Entwicklung gehemmt. Schwerer noch als dieser Faktor wog die Dominanz der Landesverbände. Über die ganzen fünfziger Jahre hinweg fand die Partei keine Grundfeste. Die ständigen Veränderungen der Statuten sind sichtbarer Ausdruck des Tauziehens um Kompetenzen und Funktionen bei der politischen Willensbildung und der Organisation des Parteiapparates. Das Kräfte-messen entschieden die Landesverbände für sich und verweigerten der Bundespartei eine eigenständige Führungsrolle. Die CDU war nicht mehr als ein System regionaler Einheiten ohne eine von allen akzeptierte und respektierte parteiliche Koordinierungsinstanz. Das Kanzleramt tat ein übriges dazu, diesen Status aufrechtzuerhalten. Schließlich fungierte es unter Staatssekretär Hans Globke in den fünfziger und frühen sechziger Jahren selbst – mit kaum zu unterschätzender Wirkung – als »die zentrale Schaltstelle der Union«.<sup>77</sup>

Adenauers Wahlerfolge täuschten lange Zeit darüber hinweg, daß sich die CDU der fünfziger Jahre in einer labilen Lage befand. Mit dem Gewinn der absoluten Mehrheit bei den Bundestagswahlen 1957 erreichte Adenauer den Höhepunkt seiner politischen Karriere; zwei Jahr später, 1959, trug ihm sein Verhalten in der Nachfolgefrage für

<sup>74</sup> Vgl. Schmidt, CDU, S. 599.

<sup>75</sup> Zur Arbeitsgemeinschaft vgl. Unionsparteien 1946–1950, S. IX–XXVI.

<sup>76</sup> Zum ›Kanzlereffekt‹ vgl. Heidenheimer, Der starke Regierungschef und das Parteiensystem, S. 254f.; Pridham, Christian Democracy, S. 56–112, sowie Buchhaas, Volkspartei, S. 116–118 und 228.

<sup>77</sup> Bösch, CDU, S. 18. Vgl. auch ders., Weltanschauliche und organisatorische Grundlagen einer Sammlungspartei, S. 101.

Bundespräsident Heuss nicht nur scharfe Kritik, sondern auch einen nachhaltigen Verlust an Popularität und Autorität ein.<sup>78</sup> Daß sich der Erfolg der von Adenauer geführten CDU nicht perpetuieren ließ, zeigte die vom Bau der Berliner Mauer überschattete Bundestagswahl des Jahres 1961, und auch die nachfolgenden, aus CDU-Sicht enttäuschend ausgefallenen Wählerstimmen machten deutlich, daß sich die Erfolgskurve neigte.<sup>79</sup> In der Unionshochburg Nordrhein-Westfalen verlor die CDU unter Franz Meyers 1962 die absolute Mehrheit; im gleichen Jahr baute die SPD in Hessen ihren Vorsprung noch einmal deutlich aus und drängte die CDU wieder unter die Marke von 30% zurück. In Rheinland-Pfalz blieb die CDU 1963 zwar gemeinsam mit der FDP Regierungspartei, doch ihr Stimmenrückgang war ebenso signifikant wie der Zugewinn für die Sozialdemokratie. Von besonderer Tragweite war gleichfalls 1963 das Ausscheiden aus der Regierungsfunktion im Berliner Abgeordnetenhaus; es gab das Signal zum Kanzlerwechsel in Bonn.<sup>80</sup> Diese Wahlergebnisse waren zu einem gewichtigen Teil Ausdruck des tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels, der in den späten fünfziger Jahren eingesetzt hatte. Die traditionellen Sozialmilieus begannen sich aufzulösen; der alte Mittelstand schrumpfte, und eine neue Mittelschicht akademisch gebildeter Angestellter wie freiberuflich Tätiger bildete sich vor allem in den Städten heraus.<sup>81</sup> Anders als der alte Mittelstand war diese Gesellschaftsschicht nicht mehr ›domaine réservé‹ der Christdemokraten. Zudem erhielt die CDU im Kampf um die Wähler Konkurrenz von der SPD, die sich mit dem Godesberger Programm, Herbert Wehners außenpolitischer Rede vor dem Bundestag und der Wahl des beliebten Berliner Bürgermeisters Willy Brandt zum Parteivorsitzenden in den Jahren 1959 und 1960 programmatisch, personell und politisch neu definiert hatte.<sup>82</sup> Sie zielte damit nicht nur auf den neuen Mittelstand, sondern wurde mit ihrer Abkehr vom Selbstverständnis als Klassenpartei und neuer Definition als »linke Volkspartei«<sup>83</sup> nunmehr auch für Wähler des christlich-bürgerlichen Lagers akzeptabel, die bis dahin zur festen Klientel der CDU gehört hatten.

### c) Krise und Übergang (1961–1967)

Das aus Sicht der CDU mit dem Verlust der absoluten Mehrheit enttäuschende Ergebnis der Bundestagswahlen 1961 goß Wasser auf die Mühlen jener, die seit Mitte der fünfziger Jahre umfassende Reformen anmahnten. Längst schon war das föderalpartikuläre Denken und Handeln der Parteigliederungen als gravierendes Manko erkannt, die »Erstarrung« der Landesverbände<sup>84</sup> beklagt worden und hatte Adenauers unrühmliches Verhalten in der Präsidentschaftskrise die innerparteiliche Reformdis-

<sup>78</sup> Zur Präsidentschaftskrise vgl. Schwarz, Adenauer II, S. 502–526.

<sup>79</sup> Vgl. im folgenden Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 101, 166–171 und 178f. sowie Lexikon der Christlichen Demokratie, S. 733–748.

<sup>80</sup> Vgl. CDU/CSU-Fraktion 1961–1966, S. LXXII.

<sup>81</sup> Vgl. Buchhaas, Volkspartei, S. 123. Zum sozialen Wandel im Mittelstand vgl. auch Pappi, Parteiensystem und Sozialstruktur, S. 191–213.

<sup>82</sup> Vgl. umfassend Klotzbach, Weg zur Staatspartei, v.a. S. 401–454. Zu Wehner vgl. Sten. Ber., 122. Sitz. am 30. 6. 1960, S. 7052–7061, sowie Bouvier, Zwischen Godesberg und Großer Koalition, S. 60f., und Schmitz, Deutsche Einheit und Europäische Integration, S. 148f.

<sup>83</sup> Schönbohm, Volkspartei, S. 69.

<sup>84</sup> Dufhues in der Sitzung des Bundesvorstands am 9.7.1961, in: CDU-Bundesvorstand 1957–1961, S. 509.

kussion 1959 weiter angeheizt. Nun, 1961, war der Ruf nach mehr interner Integration und einer neuen Parteiorganisation unüberhörbar. Die Partei verlangte, mehr zu sein als »nur eine Wahlkampfmaschine, [...] eine Hilfsorganisation der Regierung oder ein Anhängsel der Bundestagsfraktion«. <sup>85</sup> Eigenständigkeit wurde eingefordert und auf dem Dortmunder Reformparteitag 1962 von Josef Hermann Dufhues, der nach den Bundestagswahlen 1961 als neuer Geschäftsführender Vorsitzender Adenauer zur Seite gestellt worden war <sup>86</sup>, programmatisch untermauert. Die von ihm formulierten Neuerungen zielten auf die innerparteiliche Willensbildung, die Parteiorganisation, den Aufbau eines professionell geführten Parteiapparates, die Mitgliederwerbung und schließlich eine attraktive Gestaltung des Parteilebens auf der Ebene der Kreis- und Ortsverbände. <sup>87</sup> »Als unabhängiger Kopf der Partei und als hervorragender Organisator« sollte Dufhues in den darauffolgenden Jahren die »Generalreform« der Partei vorantreiben. <sup>88</sup> Doch während er gleichzeitig den Landesverband Westfalen, dem er von 1959 bis 1970 vorstand, zum »schlagkräftigsten und finanzstärksten der Partei« ausbaute <sup>89</sup>, blieb Dufhues der durchschlagende Erfolg auf Bundesebene versagt. Mit einer Bilanz, die weit hinter seinen hochgesteckten persönlichen Erwartungen zurückblieb, trat er 1966 zurück <sup>90</sup>; die Neuerungen waren halbherzig ausgefallen, zu heterogen die innerparteiliche Opposition, zu stark die beharrenden Kräfte, vor allem zu zermürend das Kompetenzgerangel mit dem Parteivorsitzenden Adenauer, mit dem Dufhues nicht harmonierte.

#### d) Immanente Reformen (1967–1973)

Widerständen zum Trotz setzte Bruno Heck zunächst als Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied und von 1967 an im neu geschaffenen Amt des Generalsekretärs Dufhues' Arbeit fort. <sup>91</sup> Den Reformern wurde mit dem Parteiengesetz des Jahres 1967, das der CDU eine Modifikation ihrer Binnenstruktur abverlangte, Hilfe von außen zuteil. Die grundlegende Satzungsreform, die auf dem Braunschweiger Bundesparteitag im Mai 1967 verabschiedet wurde, gab der CDU ein neues Antlitz. <sup>92</sup> Organisations- und Führungsstrukturen wurden den demokratischen Erfordernissen angepaßt, die das Parteiengesetz formulierte. Damit nahm die Union endgültig »Abschied vom Modell der Honoratiorenpartei und begab sich auf den Weg zur demokratischen Mitgliederpartei«. <sup>93</sup> Das Jahr 1967 läutete für die CDU die Phase der »immanenten Reformen« ein. <sup>94</sup> Die Anpassung an die gewandelten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im Verlauf der sechziger Jahre war, so das Urteil Wulf Schönbohms, »nicht

---

<sup>85</sup> Dufhues auf dem Bundesparteitag 1962, S. 318.

<sup>86</sup> Vgl. Schönbohm, Volkspartei, S. 39f.

<sup>87</sup> Vgl. Dufhues auf dem Bundesparteitag 1962, S. 314–325. Vgl. auch Schönbohm, Porträt, S. 59, und Schmidt, CDU, S. 600f.

<sup>88</sup> Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 655 (1. Zitat), und Dufhues auf dem Bundesparteitag 1966, S. 54 (2. Zitat).

<sup>89</sup> Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 655.

<sup>90</sup> Zur Abschiedsrede siehe Bundesparteitag 1966, S. 48–63.

<sup>91</sup> Vgl. Schönbohm, Volkspartei, S. 63–65 und S. 77–82.

<sup>92</sup> Dazu ausführlich Schönbohm, Volkspartei, S. 65–69. Vgl. auch Schmidt, CDU, S. 602f.

<sup>93</sup> Schönbohm, Volkspartei, S. 65.

<sup>94</sup> Lange, Responsivität und Organisation, S. 123.

ausreichend« gewesen und »zu spät« gekommen<sup>95</sup>, um den Verlust der Regierungsmacht abwenden zu können. Der Oppositionsschock des Jahres 1969 löste einen abermaligen Mobilisierungsschub in einer Partei aus, deren Reformbedarf noch nicht gedeckt war. Eine Organisationskommission wurde eingerichtet und sollte für eine tiefgreifende Verbesserung der Parteiarbeit von der Bundesebene bis hinunter zu den Kreisverbänden, den dafür nötigen Ausbau ihres Apparates und die Neuformulierung politischer Inhalte sorgen. Vor allem die jüngere Generation trieb die CDU auf dem Weg einer tiefgreifenden und umfassenden Erneuerung weiter<sup>96</sup>, die die dreizehnjährige Oppositionszeit zwischen 1969 und 1982 gleichsam als »zweite Gründungsphase« der Union« erscheinen läßt.<sup>97</sup>

#### e) Extensive Modernisierung (1973–1981)

Ungeachtet abermaliger Reformen, folgte mit dem Wahldebakel 1972 ein weiterer Schlag. Er machte die Partei endgültig reif für eine nachhaltige Innovation. Am Anfang stand ein personeller Neubeginn, der auf dem Bonner Bundesparteitag im Juni 1973 vollzogen wurde und zugleich auch ein Generationswechsel in der Riege der Funktions- und Mandatsträger war. Unter der Führung des 1973 neu gewählten Vorsitzenden Helmut Kohl, der sich in seiner Funktion als Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz bereits als Modernisierer hervorgetan hatte<sup>98</sup>, und des gleichfalls neu bestellten Generalsekretärs Kurt Biedenkopf wurden die Reforminitiativen aufgegriffen, gebündelt und zielstrebig umgesetzt. Im Blick waren neben der programmatischen Profilierung einmal mehr die Mitgliederwerbung, die Mobilisierung der einzelnen CDU-Mitglieder und vor allem die Leistungssteigerung des Parteiapparates auf allen Organisationsebenen. Das Modernisierungskonzept der CDU sah vor, »durch Planung, [...] rationalisierte Strukturen und eindeutige Funktionszuweisungen das Höchstmaß an Effizienz und Effektivität der Gesamtorganisation zu erreichen.«<sup>99</sup> Um noch bestehende Schwachstellen aufzuspüren, ließ die Bundesgeschäftsstelle regelmäßig umfassende Organisationsanalysen erstellen.<sup>100</sup> Damit trat die Partei nach Abschluß der immanenten Reformen in die Phase der »extensiven Modernisierung«, die bis 1981 andauern sollte.<sup>101</sup> In ihr wandelte sich die CDU auch in ihrem Selbstverständnis: Sie wurde – in vielfältiger Hinsicht – zu einer »modernen Volkspartei«. <sup>102</sup> Den Höhepunkt der extensiven Modernisierungsphase markierte 1978 die Verabschiedung des ersten Grundsatzprogramms.<sup>103</sup> Mit ihm war nach den geglückten administrativen, strukturellen und personellen Reformen nun auch die politisch-programmatische Erneuerung vollendet.

<sup>95</sup> Schönbohm, Volkspartei, S. 95.

<sup>96</sup> Zur Parteireform der Jahre 1969–1973 vgl. Schönbohm, Volkspartei, S. 115–126.

<sup>97</sup> Kleinmann, 1969–1982, S. 78.

<sup>98</sup> Vgl. Schmid, CDU, S. 108, sowie Lange, Responsivität und Organisation, S. 183–187.

<sup>99</sup> Lange, Responsivität und Organisation, S. 172.

<sup>100</sup> Vgl. Fragebogenaktionen zur Personal- und Organisationsstruktur der Kreisverbände, Organisations- und Schwachstellenanalysen 1979–1988, ACDP, VII-004-F094–F097.

<sup>101</sup> Vgl. Lange, Responsivität und Organisation, S. 147–254, Zitat S. 147.

<sup>102</sup> Schönbohm, Volkspartei, S. 130.

<sup>103</sup> Vgl. Lange, Responsivität und Organisation, S. 484. Vgl. auch CDU-Parteiprogramme, S. 123–167.

## f) Zweite Modernisierung (1981–1989)

In der Folgezeit stagnierte die Entwicklung der Partei.<sup>104</sup> Vor dem Hintergrund der mit großen Ambitionen begleiteten Reformanstrengungen der siebziger Jahre enttäuschte das Ergebnis der Bundestagswahl 1980, für die die Unionsparteien den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß als Kanzlerkandidaten nominiert hatten, und brachte zugleich eine »zweite Modernisierung« in Gang.<sup>105</sup> Zwar war das Mobilisierungspotential unter den Mitgliedern ausgereizt, und auch der Organisationsstandard der Partei bewegte sich bereits auf einem Niveau, das kaum noch zu verbessern war; doch eröffneten nun die sich rasant weiterentwickelnden Mittel der elektronischen Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnik neue Möglichkeiten. Die CDU nutzte die technischen Chancen und trieb so die Vernetzung der Parteigliederungen, Vereinigungen und Umfeldorganisationen voran, um dadurch Verwaltungseffizienz und Leistungsangebot noch weiter zu steigern. Regelmäßige Personal- und Organisationsstudien setzten sich fort und dokumentierten das unverminderte Bemühen um den bestmöglichen Einsatz aller Ressourcen. In Schranken gewiesen wurde die innovationsfreudige Partei der achtziger Jahre lediglich von der pekuniären Last der technischen Investitionen.

Die politische Wende des Jahres 1982 bedeutete auch für die CDU selbst einen nachhaltigen Wandel: Sie verließ die Rolle der Oppositionspartei und übernahm nach dreizehnjähriger Pause unter der Führung ihres Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Helmut Kohl erneut die Regierungsfunktion. Damit war das politische Ziel erreicht, das die Partei in den siebziger Jahren mobilisiert und zusammengehalten hatte. Zugleich entfiel ein wichtiges integratives Element. Dies ließ sich besonders deutlich spüren, nachdem die CDU durch den großen Mitgliederzustrom der siebziger Jahre die soziostrukturelle Basis ihrer Mitglieder beträchtlich erweitert hatte und diese Heterogenität nicht ohne Interessenkonflikte und politischen Richtungsstreit bleiben konnte. Hinzu kam, daß die Partei nach 1982 und verstärkt von 1987 ab ihr Rollenverständnis überprüfte. Setzte Generalsekretär Heiner Geißler darauf, das Konzept einer betonten Eigenständigkeit der Partei, das sich in der Oppositionszeit herausgeprägt hatte, fortzuführen, stellten sich aus Sicht des Bundeskanzlers die Bedürfnisse anders dar. Kohl zielte auf eine Rückkehr zum Regierungsmodell, auf eine Partei im Dienst der Bundesregierung. Dieser Kampf um das Selbstverständnis der Partei prägte die zweite Hälfte der achtziger Jahre. Entschieden wurde er auf dem Bremer Bundesparteitag 1989: Dort unterlag das Eigenständigkeitsmodell zugunsten der Vorstellung, die manchen an den »Kanzlerwahlverein« der fünfziger Jahre erinnerte: Die CDU sollte fortan ihre primäre Aufgabe darin sehen, die Bundesregierung zu unterstützen.<sup>106</sup>

---

<sup>104</sup> Vgl. ausführlich zu den Ursachen Lange, Responsivität und Organisation, S. 248–251.

<sup>105</sup> Ebd., S. 255. Dazu ausführlich ebd., S. 255–475.

<sup>106</sup> Vgl. ebd., S. 461.